

Redeentwurf zur Sondersitzung
Regierungsinformation durch den Ministerpräsidenten
im Nachgang der Konferenz der Bundeskanzlerin mit den
Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder zur
Corona-Pandemie am 5. Januar 2021

für Andreas Schwarz
139. Plenarsitzung
am Freitag, 8. Januar 2021
im Landtag von Baden-Württemberg

Zeit: Ab 10 Uhr

Rededauer: 20 Minuten

Redereihenfolge:

MP, AfD, GRÜNE, CDU, SPD, FDP/DVP

- es gilt das gesprochene Wort -

Sehr geehrte Frau Präsidentin,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir befinden uns weiterhin in einer sehr ernsten Lage.

In dieser Hinsicht beginnt das neue Jahr dort, wo das Jahr 2020 geendet hat.

Denn die Infektionszahlen sind weiterhin besorgniserregend.

Unsere Kliniken, unsere Ärztinnen und Ärzte, unsere Pflegerinnen und Pfleger – sie alle geben täglich ihr Bestes, um mit dieser Lage klar zu kommen.

Dafür danke ich sehr sehr herzlich!

Ich sage aber auch deutlich: Kliniken und Klinikpersonal am Rand der Überlastung – das geht nur für eine begrenzte Zeit gut.

Auch deswegen ist es so wichtig, dass wir nicht ins exponentielle Wachstum kommen.

Dass wir alles dafür Notwendige tun, um das Virus einzudämmen, Infektionsketten nachvollziehbar zu machen und weitere Infektionen zu verhindern.

Das ist und bleibt die zentrale Aufgabe dieser Tage!

Deswegen bin ich Ihnen, Herr Ministerpräsident, dankbar, dass Sie gemeinsam mit der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der anderen Länder nach schwierigen Beratungen eine klare Entscheidung getroffen haben:

- Die Maßnahmen, die im Dezember beschlossen wurden, werden bis Ende Januar verlängert.
- Das gilt auch für die Ausgangsbeschränkung und die Kontakteinschränkungen.
- Und das gilt im Grundsatz ebenso für Schulen und Kitas, die bis Ende Januar im Notbetrieb bzw. im Fernunterricht laufen.

Das ist im Angesicht des Virus die richtige Entscheidung!

Wir unterstützen sie!

Zwei Dinge sind 2021 anders, als sie es Ende des Jahres waren.

Zum einen:

Sorgen bereitet mir die Mutation des Virus. Wenn die Berichte aus Großbritannien stimmen, dann ist diese neue Variante in der Lage dazu, schneller mehr Menschen anzustecken. Zudem scheint sie stärker als bisher auch Kinder und Jugendliche zu betreffen.

Das ist eine neue Lage, die wir bei allen Entscheidungen und Maßnahmen berücksichtigen müssen.

Umso wichtiger ist es, alle unnötigen Kontakte zu vermeiden, und dafür alle notwendigen Regeln zu treffen.

Denn machen wir uns nichts vor: diese neue Mutation wurde bereits in Baden-Württemberg nachgewiesen. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis wir auch hierzulande damit zu kämpfen haben. Und es wird nicht die einzige Mutation bleiben.

Zum anderen hat sich etwas verändert, was mir Anlass zur Hoffnung gibt.

Die ersten Impfstoffe sind zugelassen, die Landes-Impfzentren haben noch im alten Jahr den Betrieb aufgenommen, und in noch in diesem Monat starten Impfzentren vor Ort.

Der Zeitlauf hängt hierbei an den Lieferungen der Impfstoffe durch den Bund.

Ich bin zuversichtlich, dass die Zahl der geimpften Menschen in Baden-Württemberg damit sehr schnell steigen wird.

Wir unterstützen dabei das Vorgehen von Minister Lucha, das ja in einen nationalen und europäischen Rahmen eingebettet ist.

Herzlichen Dank, Herr Minister an Sie und Ihr Team!

Ebenso gilt mein Dank all denen, die jetzt in Windeseile die Impfzentren aufgebaut haben und die Impfungen vornehmen, auch den vielen ehrenamtlich Engagierten, die hier mitmachen.

So geht gelebte Solidarität!

Und ich kann nur an alle appellieren: lassen Sie sich impfen, sobald Sie an der Reihe sind!

Es ist richtig, hier mit den Gruppen zu starten, die am verletzbarsten sind, um dann über das Jahr 2021 hinweg das Ziel zu erreichen, mit einem relevanten Anteil von Geimpften das Virus zu stoppen.

So wird es uns gemeinsam gelingen, aus der Pandemie heraus zu kommen.

Ich möchte das Thema der Impfungen mit einem Appell an uns alle verbinden.

Lassen Sie uns in dieser großen Krise bei den Fakten bleiben.

Es hilft niemand, wenn sich jetzt in der Großen Koalition im Bund gegenseitig die Augen ausgestochen werden.

Ich kann nicht verstehen, wieso die SPD hier fast schon plump ein Bild des nationalen Egoismus zeichnet.

Die großen Pharmakonzerne sind überall in Europa vertreten.

„Deutscher Impfstoff zuerst für Deutsche“ – das zu suggerieren, das ist doch ein Hohn gegenüber der europäischen Idee.

Nein, auch hier gilt: entweder kommen wir gemeinsam aus der Krise, oder wir schaffen es nicht. Wir sind klar dafür, das Virus gemeinsam zu besiegen!

Deswegen ist es völlig richtig, dass die Impfstoffbeschaffung in der Europäischen Union in abgestimmter Weise erfolgt.

Ich bin sehr zuversichtlich, dass wir mit dieser Strategie am Ende besser dastehen als mit einem Hauen und Stechen um nationale Alleingänge!

Das ist gelebte europäische Solidarität!

Lassen Sie uns bei den Fakten bleiben – das gilt auch, wenn ich auf den Dreikönigstag der FDP schaue. König Lindner, König Wissing, König Rülke – alle drei rennen in unterschiedliche Richtungen.

Der eine trägt den aktuellen Kurs mit, als Landesminister im Nachbarland Rheinland-Pfalz.

Der andere hält sich die Augen zu und will am liebsten jetzt sofort die Gastronomie wieder öffnen. Herr Lindner trumpft hier auf – und wer dann fragt, wie er die Pandemie bekämpfen möchte, erhält keine Antwort. So sieht es aus! Leerstelle bei der FDP.

Und der dritte König, ja, Sie Kollege Rülke, der sitzt wie der bessere Bundestrainer auf der Sofakante und ist sehr schnell im Urteil darüber, was alles falsch gelaufen sei und besser zu machen wäre.

So geht das nicht, Kollege Rülke!

Die Grundlage ist doch klar.

Und das gilt nicht nur für Baden-Württemberg, sondern ebenso für die anderen Länder.

Es geht jetzt darum, die Fallzahlen deutlich zu senken.

Das geht nur mit konsequenten Maßnahmen.

Das geht nur mit Kontaktbeschränkungen.

Und es geht am besten national und europäisch abgestimmt.

Deswegen laufen ihre Einwände gegen den Sozialminister ins Leere!

Meine Damen und Herren,

aus dem Katalog der Maßnahmen sind es einige Themen, die im Land heftig diskutiert werden.

- Das sind die noch einmal verschärften Kontaktbeschränkungen.
- Das ist die Frage, welchen Beitrag die Wirtschaft leisten kann, um die Kontakte zu reduzieren.
- Und es ist das Thema der Schulöffnungen.

Ich wiederhole gerne noch einmal, was ich bereits in den letzten Reden gesagt habe.

Für uns Grüne hat Bildung eine sehr hohe Priorität.

Wir stehen dafür, wann immer es die Infektionslage zulässt, die Kindertagesstätten zu öffnen und den Schulbetrieb bestmöglich in Gang zu halten. Wir wissen um die Bedeutung, die Kitas und Schulen für die Kinder und für die Familien haben.

Dazu gehören ohne Zweifel die Vorteile des Präsenzbetriebes.

Kinder sind mit anderen Kindern im direkten Kontakt, als peer group.

Sie lernen miteinander und voneinander.

Sie erhalten direkte Rückmeldungen der Lehrkräfte.

Bildung im Präsenzbetrieb hat eine hohe Verbindlichkeit. Sie hat einen hohen Wert.

Aber.

Und das ist ein großes Aber.

Möglich ist das alles nur auf dem Boden der Faktenlage, auf der Grundlage der Bewertung des Infektionsgeschehens.

Es zeichnet sich immer stärker ab, dass ein Normalbetrieb von Schulen und Kindertagesstätten zum Infektionsgeschehen beiträgt.

Das gilt insbesondere für die weiterführenden Schulen.

Genau so gilt es für die Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, die ja täglich viele Elternkontakte haben.

Deswegen ist es richtig, an das Thema der Schulöffnungen differenziert heranzugehen.

Noch ist nicht völlig klar, wie sich das Infektionsgeschehen nach den Feiertagen entwickelt hat.

Deswegen ist es richtig, die Schulen und Kitas insgesamt zunächst einmal geschlossen zu halten, Fernunterricht durchzuführen und eine Notbetreuung anzubieten.

Das tragen wir mit.

Wir müssen jetzt darüber sprechen, unter welchen Bedingungen eine Öffnung der Kindertagesstätten und Grundschulen ab übernächster Woche möglich ist.

Denn es ist doch völlig klar: nur wenn die Zahlen besser werden, dann sind hier Lockerungen denkbar!

Für uns ist klar: Präsenzbetrieb ist abhängig von der Inzidenz. Es braucht dafür eine verlässliche Datengrundlage!

Was jetzt getan werden muss, ist die **Vorbereitung des Schulunterrichts in den nächsten Wochen.**

Wir haben dazu eigene Vorschläge entwickelt.

Jetzt muss der Dialog dazu gesucht werden, was die verschiedenen Szenarien für dieses Schuljahr sind.

Mit der Schulgemeinschaft. Mit allen Betroffenen.

Denn Schulen lassen sich nicht an- oder ausschalten wie mit einem Lichtschalter.

Vielmehr setzen wir auf einen **differenzierten Instrumentenkasten**, der einen Schulbetrieb unter Pandemiebedingungen ermöglicht.

Dabei geht es zum einen um die verschiedenen Unterrichtsformen.

- Gerade für ältere Jahrgänge ist Fernunterricht möglich, wenn er durch die Lehrerinnen und Lehrer gut begleitet wird.
- Wir haben dazu die technische Infrastruktur. Es gibt jetzt Leihgeräte, viele Schulen sind technisch wie pädagogisch vorbereitet.
- Eine andere Möglichkeit, um Kontakte zu reduzieren, besteht darin, die Klassengrößen zu reduzieren. Hybridunterricht ist hier ein Stichwort oder auch der tage- oder wochenweise Wechsel. Auch das ist eine Form des Unterrichts unter Pandemiebedingungen, die gut funktionieren kann.

Das sind wichtige Differenzierungen zwischen dem reinen Präsenzunterricht und dem Schließen der Schulen.

Und genau in diesen Abstufungen spielt die Musik!

Dort, wo Präsenzunterricht stattfinden muss, gehören Schutzmaßnahmen zum Instrumentenkasten:

- zeitweise Teilung der Klassen,
- CO2-Ampeln und Filtergeräte in den Räumen, die sich nur schlecht lüften lassen,
- und selbstverständlich die Ausstattung aller Erzieherinnen und Erzieher sowie aller Lehrkräfte mit FFP2-Masken. Das gilt insbesondere für die Grundschulen und die Sonderpädagogik!

Die Instrumente sind bekannt. Die Ideen der Schulen, der Lehrerinnen und Lehrer und ihrer Verbände liegen vor.

Daraus muss jetzt ein tragfähiges Konzept für den Rest des Schuljahres entwickelt werden!

Dazu gehört der Distanzunterricht, dazu gehört als zentrale Aufgabe die weitere verlässliche Digitalisierung der Schulen, und dazu gehören Sicherheit und Hygiene in den Schulen und Kitas.

Denn wir sind überzeugt: gerade in der Zeit dieser Krise kommt Unterricht und Bildung ein großer Stellenwert zu. Und gerade in dieser Zeit kann Bildung gelingen, wenn das klug angegangen wird.

Das steht für uns ganz oben auf der politischen Agenda, damit alle Kinder auch unter Pandemiebedingungen eine bestmögliche Bildung erhalten!

Ich spreche hier als ein Beispiel die Gemeinschaftsschulen an, die das individualisierte Lernen ohne große Hürden in eine hybride Form übertragen konnten. *[FAZ vom 11.12.2020]*

So gibt es viele Best-Practice-Beispiele im ganzen Land.

Es ist jetzt die Stunde, davon zu lernen, damit alle Kinder auch unter Pandemiebedingungen eine bestmögliche Bildung erhalten!

Meine Damen und Herren,

bezüglich der Ausgestaltung der verschärften Vorschriften für private Zusammenkünfte bin ich Herrn Ministerpräsident dankbar für die Klarstellung, dass diese Regelung angepasst wird.

Zur Lebenswirklichkeit gehören viele Familienmodelle, wie beispielsweise die von Alleinerziehenden oder von getrennt lebenden Eltern. Damit eine Regelung akzeptiert wird, muss sie unterschiedlichen Lebensentwürfen gerecht werden.

Deswegen ist es gut, dass jetzt klargestellt ist, dass es Ausnahmen für Betreuungsgemeinschaften, für die Begleitung Minderjähriger und unterstützungsbedürftiger Personen gibt. Das trägt zur Akzeptanz bei! Wir begrüßen diese Ausnahmemöglichkeiten Herr Ministerpräsident. Sie ist notwendig,

So können sich beispielsweise zwei Alleinerziehende mit ihren minderjährigen Kindern treffen. Auch kann ein Vater mit einem betreuungsbedürftigen Kind die unterstützungsbedürftige Großmutter beim Spaziergang begleiten. Und zwar ohne damit den Geltungsbereich der Corona-Verordnung zu verlassen.

Das ist, nebenbei gesagt, auch ein gutes Beispiel dafür, dass es wichtig ist, dass die Länder in der Umsetzung des MPK-Beschlusses Spielräume haben.

Das zeigt, dass der Föderalismus allen Unkenrufen zum Trotz so notwendig wie nie zuvor ist.

Meine Damen und Herren,
ein weiteres großes Thema war die Frage, wie es mit der Wirtschaft weitergeht.

Die einen klopfen bang an und fragen nach weiteren Hilfen.

Gastronomie, Kultur, der stationäre Einzelhandel – all diese Unternehmen sind weiterhin massiv in ihrer Tätigkeit eingeschränkt. Für uns ist klar: die Novemberhilfe, die Dezemberhilfe und jetzt die Überbrückungshilfe III – das muss laufen. **Hier ist der Bund gefragt!**

Gleichzeitig tun wir als Land da etwas, wo wir zuständig sind.

So haben wir jetzt Click und Collect möglich gemacht, also das Angebot, vorbestellte Waren beim Einzelhandel abzuholen.

Es war notwendig, in der Vorweihnachtszeit darauf zu verzichten, um Menschenmassen und Schlangenbildungen in den Innenstädten und bei den Einkaufszentren zu vermeiden.

Da haben wir jetzt eine andere Situation.

Deswegen ist es gut, dass jetzt Waren beim Einzelhandel abgeholt werden können. Hier gibt es viele clevere Konzepte.

Es gehört dann allerdings dazu, die Einhaltung von Hygiene- und Abstandsregeln zu garantieren.

Hier hat der Einzelhandel eine Verantwortung. Und ich bin mir sicher, dass er dieser auch gut gerecht werden wird.

Abholangebote sind ein Baustein, damit der Einzelhandel gut durch die Krise kommt.

Wir müssen hier weiter denken.

Ich habe das schon im Dezember angedeutet:

Wir brauchen für das Frühjahr einen Neustart für den stationären Einzelhandel, eine Perspektive für unsere Innenstädte nach dem Ende dieser Pandemiewelle.

Denn es sind doch unsere gewachsenen Zentren, die einen immensen Beitrag zum gesellschaftlichen Miteinander leisten.

Zur hohen Lebensqualität in unseren Städten und Gemeinden trägt der stationäre Einzelhandel ebenso bei wie die Gastronomie mit ihren Angeboten, wie Kinos, Bühnen und Kultureinrichtungen.

Das macht unsere Städte lebendig!

Deswegen ist es uns wichtig, ein Angebot für den Einzelhandel, für Kunst und Kultur in den Städten zu machen. Wir werden darauf in diesem Jahr einen Fokus legen.

Das heißt beispielsweise, zu schauen, ob die Städtebauförderung zur Revitalisierung der Innenstädte und Zentren beiträgt. Es gibt ja viele Programme, von der Stadtmodernisierung bis hin zu den Förderungen für den ländlichen Raum. **Wir werden diese Instrumente gezielt überprüfen und da, wo es notwendig ist, noch etwas drauflegen.**

Wir alle brauchen den stationären Einzelhandel, die Gastronomie, die Einrichtungen der Kunst und Kultur.

Lebendige Städte und Gemeinden – das gehört zu Baden-Württemberg!

Meine Damen und Herren,

neben den Hilfen für die Wirtschaft stehen berechnigte Forderungen und Erwartungen an die Arbeitswelt.

Unternehmen haben eine Verantwortung ihren Beschäftigten gegenüber – auch im Hinblick auf Arbeitsschutz und Gesundheit. Das ist in diesen Zeiten besonders wichtig.

Deswegen gibt es im Beschluss der MPK den dringenden Appell, **ins Home-Office zu gehen, wo immer das möglich ist.**

Das Land geht hier mit gutem Beispiel voran, auch mit Blick auf die nachgeordnete Verwaltung.

In meiner eigenen Fraktion erlebe ich, wie gut mobiles Arbeiten funktioniert.

Und es liegt ja im eigenen Interesse jedes Betriebs, Infektionen und damit Quarantäne und zeitweise Betriebsschließungen zu verhindern.

Viele Betriebe agieren hier schon vorbildlich.

Dafür bedanke ich mich.

Es wundert mich jedoch, wie viele Büros weiterhin geöffnet haben, wie viele Menschen weiter Tag für Tag zur Arbeitsstätte pendeln.

In der Fertigung, der Bauwirtschaft, der Montage ist kein Home Office möglich, und auch Pflegekräfte können nicht ins Home Office gehen.

Aber niemand kann mir erzählen, dass ganz normale Büroarbeitsplätze in einem Großunternehmen im Jahr 2021 notwendigerweise mit Präsenz verbunden sein müssen.

Für meine Fraktion ist daher klar: Überall dort, wo es nur irgendwie möglich ist, sollte Home-Office und mobiles Arbeiten angeboten werden, um die Kontakte zu reduzieren!

Auch das ist Solidarität, auch das gehört dazu, dass wir es nur gemeinsam schaffen!

Wir schlagen daher vor, dass die Wirtschaftsministerin Verbände und Unternehmen zu einem **Home-Office-Gipfel** einlädt. Der Home-Office-Gipfel soll dazu helfen, von Best-practice-Beispielen zu lernen, von denen, die vorangehen. Das bringt allen etwas!

Und gleichzeitig weiß ich, wie wichtig es ist, mobiles Arbeiten und das Home-Office rechtssicher zu gestalten.

Deswegen sehe ich den klaren Auftrag an die Bundesregierung, hier rechtliche Leitplanken einzuziehen und Rechtssicherheit zu schaffen – für die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer!

Meine Damen und Herren,
der Jahreswechsel ist die Zeit für gute Vorsätze. Deswegen:

Lassen sie uns in dieser Krise bei den Fakten bleiben!
Wissenschaft ist mehr denn je die Grundlage für das Handeln der
Regierung. Nur so können wir das Virus in Zaum halten.

Es gibt einen Lichtblick am Ende der Marathonstrecke.
Die Impfungen fangen an und werden schnell an Tempo zunehmen.

Gemeinsam schaffen wir es, die Pandemie erfolgreich zu bewältigen.
Baden-Württemberg kann gestärkt aus dieser Krise hervorgehen.

**Deswegen fordere ich alle demokratischen Kräfte dazu auf, die
Maßnahmen, die Ministerpräsident Kretschmann vorgestellt hat, zu
unterstützen.**

Seien Sie solidarisch – und bleiben Sie gesund!
Herzlichen Dank!